

Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Neustadt am Rübenberge am Donnerstag, dem 06.02.2014, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Ratsvorsitzende

Frau Christina Schlicker

Stellv. Ratsvorsitzender

Herr Hans-Jürgen Hayek

Bürgermeister

Herr Uwe Sternbeck

Stellv. Bürgermeister/in

Herr Mustafa Erkan

Frau Ute Lamla

Herr Sebastian Lechner

Mitglieder

Herr Harald Baumann

Frau Ute Bertram-Kühn

Herr Heinrich Clausing

Herr Frank Hahn

Herr Dominic Herbst

Herr Klaus Hibbe

Herr Thomas Iseke

Herr Hans-Günther Jabusch

Herr Christian Johne

Herr Dr. Godehard Kass

Herr Wilhelm Kümmerling

Herr Manfred Lindenmann

Herr Ferdinand Lühring

Herr Wilfried Müller

Herr Tobias Mundt

Herr Björn Niemeyer

Herr Jan Obramski

Herr Jens Ohlau-von der Heide

Herr Willi Ostermann

Herr Harry Piehl

Herr Andreas Plötz

Herr Stefan Porscha

Frau Sieglinde Ritgen

Frau Magdalena Rozanska

Herr Werner Rump

Herr Dirk Salzmann

Herr Reinhard Scharnhorst

(von 18:49 Uhr, TOP 18 bis 20:17 Uhr, Ende öffentlicher Teil)

Herr Klaus-Peter Sommer
Herr Jens Spannig
Herr Arne Stephan
Frau Anja Sternbeck
Herr Thomas Stolte
Frau Monika Strecker
Herr Helmut Wieczorreck

Verwaltungsangehörige

Herr Stefan Bark	Fachdienstleiter Bürgermeisterreferat
Frau Elke Grope	Fachdienst Zentrale Dienste
Frau Bärbel Heidemann	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Ernst Kerger	Dezernatsleiter 1
Herr Peter Neuwald	Fachdienstleiter Finanzwesen
Frau Annette Plein	Fachdienstleiterin Planung und Bauordnung
Frau Marie Rabe	Fachdienst Zentrale Dienste, Protokoll
Herr Uwe Rintelmann	Fachdienstleiter Zentrale Dienste
Frau Nadine Schley	Fachdienst Bürgermeisterreferat
Herr Ingo Thiele	Leiter Rechnungsprüfungsamt
Frau Anika Waering	Fachdienst Zentrale Dienste
Herr Dr. Jörg Windmann	Erster Stadtrat, Dezernatsleiter 2

Zuhörer/innen:

zeitweise bis zu 75, davon 4 Vertreter/innen der örtlichen Presse

Sitzungsbeginn: 18:05 Uhr
Sitzungsende: 20:26 Uhr

Tagesordnung

Vorlage Nr.

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 12.12.2013
3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
4. Feststellung des Sitzverlustes des Stadtratmitgliedes Manfred Becke **2013/299**
5. Feststellung des Sitzverlustes des Stadtratmitgliedes Cornelia Schulze **2014/008**
6. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung neuer Ratsmitglieder
7. Umbesetzung des Verwaltungsausschusses
 - a) Benennung des neuen Mitglieds/der neuen Mitglieder durch die SPD-Fraktion
 - b) Feststellender Beschluss gem. § 75 Abs. 1 i. V. m. § 71 Abs. 9 NKomVG
8. Umbesetzung von Ausschüssen
 - a) Benennung der neuen Mitglieder durch die SPD-Fraktion
 - b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 5 NKomVG
9. Umbesetzung von Ausschüssen
 - a) Benennung der neuen Mitglieder durch die CDU-Fraktion
 - b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 5 NKomVG
10. Berufung eines beratenden Mitglieds in den Finanzausschuss **2013/250**
11. Entsendung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters der Stadt Neustadt a. Rbge. in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Neustadt am Rübenberge GmbH
 - a) Benennung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters durch die SPD-Fraktion
 - b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 6 NKomVG
12. Entsendung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters der Stadt Neustadt a. Rbge. in den Ausschuss des Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverbandes "Meerbach und Führse"
 - a) Benennung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters durch die SPD-Fraktion
 - b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 6 NKomVG
13. Entsendung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters der Stadt Neustadt a. Rbge. in die Gesellschafterversammlung der Steinhuder Meer Tourismus GmbH
 - a) Benennung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters durch die CDU-Fraktion
 - b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 6 NKomVG

14.	Aufteilung des bisherigen Schiedsamsbezirks I (Ortschaften Bordenau, Neustadt a. Rbge. und Poggenhagen) in die Schiedsamsbezirke I und VII und Wahl der Schiedspersonen für die Bezirke I und VII	2014/020
15.	Satzung für den Jugendrat der Stadt Neustadt a. Rbge.	2013/269
16.	Antrag des Fördervereins Freibad Nöpke e. V. auf einen erhöhten Betriebskostenzuschuss	2013/231
17.	Antrag des Waldbad Wulfelade e. V. auf einen Zuschuss zu Sanierungsmaßnahmen	2013/267
18.	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2014 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms hier: Haushaltssatzung	2013/197 - 2013/197-6
19.	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2014 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms -hier: Stellenplan	2013/207 - 2013/207-3
20.	2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 10.11.2011 - Einrichtung einer 2. Wahlbeamtenstelle und Besetzung des Verwaltungsausschusses	2014/025
21.	Wahl einer/eines Stadträtin/Stadtrats	2014/026
22.	Annahme der freiwilligen Zuwendung in Höhe von 2.618,00 EUR an die Kooperative Gesamtschule Neustadt a. Rbge., Leinstraße 85, 31535 Neustadt a. Rbge.	2014/005
23.	Annahme von freiwilligen Zuwendungen für 2013; Elterninitiative Basse - Fracht- und Verpackungskosten in Höhe von 426,72 EUR für die Doppelschaukel sowie für die Sitzgelegenheit	2013/187-1
24.	Bebauungsplan Nr. 159 G 3 "Auenblick Nord", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt - Beschluss zu den Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	2013/301
25.	Bebauungsplan Nr. 209 "Weidenbruchs Kämpe", 3. Änderung, Stadt Neustadt a. Rbge., Stadtteil Mardorf - Beschluss zu den Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	2013/266
26.	Umfragen im Beteiligungsportal der Stadt Neustadt a. Rbge.	2013/297
27.	Bekanntgaben	
27.1.	Tätigkeiten des Fachdienstes Standortentwicklung, Wirtschaftsförderung, Kultur und Tourismus	2013/295
27.2.	Genehmigung der 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013	2014/013

27.3.	Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2014	2014/017
27.4.	Jahresabschlussbericht für das Haushaltsjahr 2012	2014/002
27.5.	Neuaufnahme von Darlehn im Haushaltsjahr 2013	2014/016
27.6.	Gewährung eines zusätzlichen Abschlages für die Betriebskostenförderung 2013 an die Elterninitiative Ratzenspatz e. V. Eilentscheidung gem. § 89 NKomVG	2014/006
27.7.	Aufnahmeantrag von 2002 für den Stadtteil Lutter in das Dorferneuerungsprogramm	2014/018
27.8.	Aufnahmeverfahren Fünftklässler durch Gymnasium und Kooperative Gesamtschule	2014/019
27.9.	Beantwortung der Fragen des Ratsherren Herrn Klaus-Peter Sommer zu der vom Bürgermeister verfügten haushaltswirtschaftlichen Sperre für das Haushaltjahr 2013 sowie zum Haushaltsentwurf 2014	2014/032
28.	Anfragen	

I. Öffentlicher Teil

Vorlage Nr.

1. **Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzende Schlicker eröffnet die Sitzung; sie stellt die ordnungsmäßige Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Herr Hendrian fehlt entschuldigt, Frau Bertram-Kühn wird später erscheinen.

Bürgermeister Sternbeck erklärt, dass die Beratung und Beschlussfassung zu Tagesordnungspunkt I.19, Vorlage Nr. 2013/207-3 "Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 (...) hier: Stellenplan" gemeinsam mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung unter Punkt I.18 ergehe.

2. **Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 12.12.2013**

Der Rat fasst bei 2 Enthaltungen einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 12.12.2013 wird genehmigt.

3. **Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

4. **Feststellung des Sitzverlustes des Stadtratmitgliedes Manfred Becke**

2013/299

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge stellt fest, dass Herr Manfred Becke seinen Sitz im Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge mit Ablauf des 09.12.2013 verloren hat.

5. **Feststellung des Sitzverlustes des Stadtratmitgliedes Cornelia Schulze**

2014/008

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge stellt fest, dass Frau Cornelia Schulze ihren Sitz im Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge mit Ablauf des 31.12.2013 verloren hat.

6. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung neuer Ratsmitglieder

Bürgermeister Sternbeck verpflichtet die neuen Ratsherren Christian Johne und Björn Niemeyer nach § 60 NKomVG förmlich, indem diese ihm Folgendes nachsprechen:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.“

Sodann weist Bürgermeister Sternbeck die Herren Johne und Niemeyer gemäß § 43 NKomVG auf die besondere Bedeutung der §§ 40, 41 und 42 dieses Gesetzes hin, die die Amtsverschwiegenheit, das Mitwirkungsverbot und das Vertretungsverbot betreffen. Er überreicht den Herren einen Auszug aus dem NKomVG und heißt sie im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. willkommen.

Die Ratsmitglieder bekunden Beifall.

7. Umbesetzung des Verwaltungsausschusses

a) Benennung des neuen Mitglieds/der neuen Mitglieder durch die SPD-Fraktion

b) Feststellender Beschluss gem. § 75 Abs. 1 i. V. m. § 71 Abs. 9 NKomVG

Herr Sommer benennt für die SPD-Fraktion Herrn Klaus Hendrian als Nachfolger für Herrn Manfred Becke im Verwaltungsausschuss. Als Vertreterin für Herrn Hendrian benennt er Frau Sieglinde Ritgen. Er selbst werde künftig von Frau Magdalena Rozanska vertreten.

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stellt gemäß § 75 Abs. 1 i. V. m. § 71 Abs. 5 NKomVG die Umbesetzung des Verwaltungsausschusses mit Herrn Klaus Hendrian als Beigeordnetem und Frau Sieglinde Ritgen und Frau Magdalena Rozanska als Vertreterinnen fest.

8. Umbesetzung von Ausschüssen

a) Benennung der neuen Mitglieder durch die SPD-Fraktion

b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 5 NKomVG

Herr Sommer benennt folgende neue Ausschussmitglieder für die SPD-Fraktion:

- Frau Christina Schlicker als Nachfolgerin für Herrn Manfred Becke im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss
- Herrn Christian Johne als neues Mitglied anstelle von Herrn Harald Baumann im Finanzausschuss
- Herrn Harald Baumann als neues Mitglied anstelle von Herrn Mustafa Erkan im Schulausschuss

- Herrn Christian Johne als neues Mitglied anstelle von Herrn Klaus Hendrian im Kultur- und Sportausschuss
- Frau Sieglinde Ritgen als neues Mitglied anstelle von Frau Christina Schlicker im Betriebsausschuss
- Herrn Christian Johne als Nachfolger von Herrn Manfred Becke im Umlegungsausschuss

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stellt gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG die Umbesetzung der oben genannten Ausschüsse mit den oben genannten Personen fest.

9. Umbesetzung von Ausschüssen

- a) Benennung der neuen Mitglieder durch die CDU-Fraktion**
b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 5 NKomVG

Herr Rump benennt für die CDU-Fraktion Herrn Björn Niemeyer als Nachfolger von Frau Cornelia Schulze im Umwelt- und Stadtentwicklungs- und im Jugend- und Sozialausschuss. Als neue Vorsitzende des Jugend- und Sozialausschusses benennt er Frau Monika Strecker.

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stellt gemäß § 71 Abs. 5 NKomVG die Umbesetzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses mit Herrn Björn Niemeyer und die Umbesetzung des Jugend- und Sozialausschusses mit Herrn Björn Niemeyer und Frau Monika Strecker als Ausschussvorsitzender fest.

10. Berufung eines beratenden Mitglieds in den Finanzausschuss

2013/250

Herr Herbst benennt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Jane Stebner-Schuhknecht als neues beratendes Mitglied im Finanzausschuss.

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stellt fest, dass Frau Jane Stebner-Schuhknecht als beratendes Mitglied in den Finanzausschuss der Stadt Neustadt a. Rbge. berufen wird.

- 11. Entsendung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters der Stadt Neustadt a. Rbge. in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Neustadt am Rübenberge GmbH**
a) Benennung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters durch die SPD-Fraktion
b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 6 NKomVG

Herr Sommer benennt für die SPD-Fraktion Herrn Harry Piehl als Nachfolger von Herrn Manfred Becke im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Neustadt a. Rbge. GmbH.

Daraufhin fasst der Rat bei einer Enthaltung einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. entsendet in Anwendung des § 71 Abs. 6 NKomVG für die Besetzung mehrerer unbesoldeter Stellen gleicher Art Herrn Harry Piehl als Vertreter der Stadt Neustadt a. Rbge. in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Neustadt a. Rbge. GmbH.

- 12. Entsendung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters der Stadt Neustadt a. Rbge. in den Ausschuss des Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverbandes "Meerbach und Führse"**
a) Benennung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters durch die SPD-Fraktion
b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 6 NKomVG

Herr Sommer benennt für die SPD-Fraktion Herrn Jan Obramski als Nachfolger von Herrn Manfred Becke im Ausschuss des Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverbandes "Meerbach und Führse".

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. entsendet in Anwendung des § 71 Abs. 6 NKomVG für die Besetzung mehrerer unbesoldeter Stellen gleicher Art Herrn Jan Obramski als Vertreter der Stadt Neustadt a. Rbge. in den Ausschuss des Unterhaltungs- und Landschaftspflegeverbandes "Meerbach und Führse".

- 13. Entsendung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters der Stadt Neustadt a. Rbge. in die Gesellschafterversammlung der Steinhuder Meer Tourismus GmbH**
a) Benennung einer neuen Vertreterin/eines neuen Vertreters durch die CDU-Fraktion
b) Feststellender Beschluss gem. § 71 Abs. 6 NKomVG

Herr Rump benennt für die CDU-Fraktion Herrn Björn Niemeyer als Nachfolger von Frau Cornelia Schulze in der Gesellschafterversammlung der Steinhuder Meer Tourismus GmbH.

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. entsendet in Anwendung des § 71 Abs. 6 NKomVG für die Besetzung mehrerer unbesoldeter Stellen gleicher Art Herrn Björn Niemeyer als Vertreter der Stadt Neustadt a. Rbge. in die Gesellschafterversammlung der Steinhuder Meer Tourismus GmbH.

14. Aufteilung des bisherigen Schiedsamsbezirks I (Ortschaften Bordenau, Neustadt a. Rbge. und Poggenhagen) in die Schiedsamsbezirke I und VII und Wahl der Schiedspersonen für die Bezirke I und VII 2014/020

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. richtet den bisherigen Schiedsamsbezirk I (Bordenau, Neustadt a. Rbge. Poggenhagen) wie folgt neu ein:

1. Schiedsamsbezirk I mit den Amtsbezirken Bordenau und Poggenhagen
2. Schiedsamsbezirk VII mit dem Amtsbezirk Neustadt a. Rbge.

und wählt gemäß § 4 des niedersächsischen Gesetzes über gemeindliche Schiedsämter

1. für den Schiedsamsbezirk I Herrn Kurt Stolte, Schlesierstr. 27, 31535 Neustadt a. Rbge., Stadtteil Poggenhagen, für die Dauer von 5 Jahren zur Schiedsperson und
2. für den Schiedsamsbezirk VII Frau Anja Windmüller, Ludwig-Kaufholz-Weg 6, 31535 Neustadt a. Rbge., Stadtteil Neustadt a. Rbge., für die Dauer von 5 Jahren zur Schiedsperson sowie Frau Bettina Richter, Stephanstr. 1, 31535 Neustadt a. Rbge., Stadtteil Neustadt a. Rbge., zur Vertreterin der Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk VII.

15. Satzung für den Jugendrat der Stadt Neustadt a. Rbge. 2013/269

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt die "Satzung für den Jugendrat der Stadt Neustadt a. Rbge." in der dieser Vorlage anliegenden Fassung.

Eine Ausfertigung der Satzung wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt (**Anlage 1**).

16. Antrag des Fördervereins Freibad Nöpke e. V. auf einen erhöhten Betriebskostenzuschuss **2013/231**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Förderverein Freibad Nöpke e. V. wird für das Haushaltsjahr 2014 ein um 10.000 EUR erhöhter Betriebskostenzuschuss gewährt.

Im Haushalt 2014 werden die benötigten Mittel für die Maßnahmen Nrn. 1 und 3 des Antrages bereitgestellt. Die Kosten für die Maßnahmen Nrn. 2 sowie 4, 5 und 7 werden in den Haushalten 2015 und 2016 abgebildet.

Eine Kofinanzierung über Mittel der Dorferneuerung ist zu prüfen.

17. Antrag des Waldbad Wulfelade e. V. auf einen Zuschuss zu Sanierungsmaßnahmen **2013/267**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Förderverein Waldbad Wulfelade e. V. wird für das Haushaltsjahr 2014 ein um 12.000 EUR erhöhter Betriebskostenzuschuss gewährt.

Im Haushalt 2014 werden die benötigten Mittel für die Sanierung des Planschbeckens sowie für die Erneuerung der Schläuche und Verbindungselemente für die Solarabsorberanlage bereitgestellt. Die Kosten für die Sanierung des Schwimmbeckens werden im Haushalt 2015 abgebildet.

18. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2014 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms hier: Haushaltssatzung **2013/197 -
2013/197-6**

Frau Schlicker weist auf die zu beratenden Vorlagen Nr. 2013/297 bis 2013/297-6 und 2013/207 bis 2013/207-3 hin.

Daraufhin spricht Herr Sommer für die SPD-Fraktion zum Haushalt. Seine Rede ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt.

Anschließend hält Herr Herbst die Haushaltsrede für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt ist.

Herr Rump äußert sich sodann im Namen der CDU-Fraktion zum Haushalt. Er erwähnt die lange Dauer der Beratungen, die sich aus dem hohen Erläuterungsbedarf ergeben habe und auch das Misstrauen zwischen Bürgermeister und Mehrheitsgruppe aufzeige. Letztere kritisiere nunmehr die gleichen Unzulänglichkeiten und äußere ähnliche Anregungen wie die CDU-Fraktion in der Vergangenheit. Die vom Bürgermeister verhängte Haushalts-

sperre bezeichnet Herr Rump als dessen Reaktion auf das Beratungsverhalten der Mehrheitsgruppe.

Herr Rump fährt fort, dass es im Hinblick auf die steigende Nettoneuverschuldung besonders wichtig sei, alle nicht für dringend notwendige Investitionen vorgesehene Haushaltsstellen genau zu betrachten. Gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gelte die Pflicht, sparsam und effektiv mit den Finanzmitteln umzugehen. Da steigende Personalkosten bei einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung ein großes Problem darstellen würden, habe die CDU-Fraktion die Streichung zwei weiterer Stellen im Haushaltsentwurf veranlasst. Um das geforderte Vertrauen in die Umsetzung des Haushaltes durch die Verwaltung zu gewährleisten und verlässliche Beratungsgrundlagen zu schaffen, bedürfe es künftig einer stark verbesserten Berichtspflicht gegenüber der Politik.

Die Forderungen der CDU-Fraktion seien im Wesentlichen nunmehr im vorliegenden Haushaltsentwurf wiederzufinden, so Herr Rump. Für besonders wichtig halte man die Sanierung des Gebäudes der Musik- und Jugendkunstschule sowie eine ausgeweitete Förderung der Jugendkunstschule. Mit Blick auf den Ansatz von 150.000 € für das Kernstadtjubiläum erwarte man auch eine angemessene finanzielle Unterstützung von Dorfjubiläen. Weiterhin kritisiert Herr Rump den Umgang mit dem ILEK. Der Bürgermeister schmücke sich mit Erfolgen, die Ergebnis der Bestrebungen der ehemaligen Ratsmehrheit seien. Auch das ISEK sei bisher vernachlässigt und entsprechende Ratsbeschlüsse nicht umgesetzt worden.

Herr Rump äußert sich anschließend zu verschiedenen Einzelprojekten. So sei ein Rathausneubau am Standort "Marktstraße Süd" die letzte Chance, dieses Gebiet positiv zu gestalten. Bezüglich der Planungen für ein neues Feuerwehrgerätehaus hoffe die CDU-Fraktion, dass zeitnah mit der Umsetzung begonnen werde, insbesondere da nun auch die Region Hannover mit dem Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale beteiligt sei. Im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofes sei es besonders wichtig, eine finanzierbare Lösung für das Parkplatzproblem zu finden, das sich durch den Umbau voraussichtlich noch verschärfen werde. Der Neubau eines Hallenbades werde von der CDU-Fraktion aufgrund der Sanierungsbedürftigkeit der alten Bäder in der Kernstadt befürwortet.

Herr Rump fährt fort, dass zur Umsetzung des Klimaschutzprogrammes bereits viele kleinere Maßnahmen umgesetzt worden seien. Er warnt jedoch davor, die Wohnbaulandentwicklung auf den Innenbereich zu beschränken. Dort befänden sich oft alte Baumbestände, die es zu schützen gelte. Zum Regionalen Raumordnungsprogramm 2015 der Region Hannover und dem darin enthaltenen Zukunftsbild teilt Herr Rump mit, dass die CDU-Fraktion sich für den Erhalt und die bedarfs- und anspruchsgerechte Entwicklung der Dörfer einsetzen werde. Zum Thema Grundschulentwicklung erklärt er, dass man nach dem Vortrag eines enttäuschenden Konzeptes durch die beauftragte Beratungsfirma nun auf Vorschläge des Bürgermeisters warte. In Bezug auf die bevorstehende Dezernentenwahl bemängelt er, dass der Bürgermeister nur wenige Versprechen gehalten und einen schadhafte Weg beschritten habe. Abschließend teilt Herr Rump mit, dass die CDU-Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen werde.

Herr Ostermann bezieht sich auf verschiedene Großprojekte, die im Jahr 2013 auf den Weg gebracht wurden. So erwähnt er den geplanten Neubau

eines Rathauses und den beabsichtigten Hallenbadneubau. Letzterer werde den städtischen Haushaltsüberschuss beachtlich mindern. Dem gegenüber stehe ein Sanierungsstau von ca. 35 Mio. € an Schulen, Turnhallen und anderen öffentlichen Einrichtungen, deren zeitnahe Sanierung die UWG-Fraktion befürworte. Die in diesem Zusammenhang beschlossenen 10-Jahres-Programme zur Sanierung würden u. a. durch die nötige Finanzierung des Rathausneubaus eingeschränkt. Damit werde mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für 2014 eine falsche Richtung eingeschlagen. Herr Ostermann erklärt, dass die UWG-Fraktion den Haushalt aus diesen Gründen ablehnen werde.

Herr Salzmann kündigt an, dass die Fraktion FDP/BürgerForum ebenfalls gegen den Haushalt stimmen werde. Er weist auf die großen Abweichungen der tatsächlichen Haushaltsergebnisse von den Planansätzen in den letzten Jahren hin. Da Neustadt nicht zu den reichen Städten gehöre und strukturelle Schwierigkeiten sowie Probleme bei der Substanzerhaltung aufweise, bestünden in seiner Fraktion Zweifel, dass die Fülle an geplanten Großprojekten bewältigt werden könne. Abschließend spricht Herr Salzmann sich dafür aus, bei Projekten wie der Standortauswahl für ein neues Rathaus Bürgerbeteiligungen durchzuführen, die nicht nur als Placebo dienen. Stattdessen solle man das Urteilsvermögen und die Interessen der Bürger ernst nehmen.

Herr Wieczorreck lobt die Leistung und Motivation der Verwaltungsmitarbeiter. Aufgrund struktureller und organisatorischer Mängel sei jedoch eine Aufstockung der Personalausstattung notwendig, auch durch Fort- oder Weiterbildungen. Die Verwaltung müsse in der Lage sein, Probleme autark zu lösen und so den Bedarf an externen Beratungsleistungen zu minimieren. Hinsichtlich des Sozial Etats stimme er den Ausführungen von Herrn Ostermann zu. Es sei nicht nachvollziehbar, die städtische Infrastruktur über Gas bzw. Stromgebühren zu finanzieren. Durch die in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe entsandten Vertreter bestehe die Möglichkeit, eine erhöhte Ausschüttung an die Stadt bzw. eine Senkung der Gebühren anzuregen. Abschließend erklärt Herr Wieczorreck, dass er sich bei der Abstimmung zum Haushalt enthalten werde.

Daraufhin fasst der Rat mit 35 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt

1. die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2014 (einschließlich Stellenplan)
2. und gemäß § 58 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) das der Finanzplanung zugrunde liegende Investitionsprogramm.

Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt (**Anlage 4**).

19. **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2014 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms -hier: Stellenplan** 2013/207 -
2013/207-3

Die Beschlussfassung ist unter Tagesordnungspunkt I.18 erfolgt.

20. **2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Neustadt a. Rbge. vom 10.11.2011 - Einrichtung einer 2. Wahlbeamtenstelle und Besetzung des Verwaltungsausschusses** 2014/025

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt die 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Neustadt am Rübenberge vom 10.11.2011 in der der Drucksache beigefügten Fassung.

Eine Ausfertigung wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt (**Anlage 5**).

Der Rat beschließt weiterhin, die Stadträtin/den Stadtrat mit Wirksamwerden der Ernennung mit der Vertretung des Bürgermeisters zu beauftragen, soweit dieser und sein Allgemeiner Vertreter verhindert sind.

21. **Wahl einer/eines Stadträtin/Stadtrats** 2014/026

Bürgermeister Sternbeck verweist auf seine ausführliche Stellungnahme zum Stellenbesetzungsverfahren in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 03.02.2014. Er könne die Kritik der Ratsmitglieder am Verfahren nachvollziehen und versichert, dass er selbst einen anderen Verfahrensablauf beabsichtigt habe. Herr Sternbeck sichert zu, in Zukunft bei ähnlichen Auswahlverfahren so vorzugehen, dass er am Ende mehrere Bewerber vorschlagen könne. Sodann weist er auf die positiven Eigenschaften des von ihm ausgewählten Bewerbers hin und schließt mit der Bitte an die Ratsmitglieder, bei der anschließenden Wahl zum Wohle der Stadt zu entscheiden.

Anschließend stellt sich Herr Schillack den Anwesenden vor, wobei er sich schwerpunktmäßig auf die vorangegangenen Beratungen zum Haushalt bezieht.

Herr Rump beantragt geheime Wahl.

Herr Kerger stellt klar, dass die Alternative "Enthaltung" auf den vorbereiteten Stimmzetteln rechtlich zulässig sei, da im Wahlverfahren nach § 67 NKomVG letztendlich ohnehin nur die Ja-Stimmen entscheidend seien.

Daraufhin fasst der Rat mit 22 Ja-Stimmen bei 40 abgegebenen Stimmen folgenden

Beschluss:

Herr Maic Schillack, geb. 17.06.1970, wird mit Wirkung vom 01.07.2014 zum Stadtrat der Stadt Neustadt a. Rbge. gewählt.

- 22. Annahme der freiwilligen Zuwendung in Höhe von 2.618,00 EUR an die Kooperative Gesamtschule Neustadt a. Rbge., Leinstraße 85, 31535 Neustadt a. Rbge.** **2014/005**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt der Annahme der Spende in Höhe von 2.618,00 EUR der Saxonia GmbH, Justus-von-Liebig-Straße 14, 31535 Neustadt a. Rbge. gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG i. V. m. § 25a Absatz 1 GemHKVO zu.

- 23. Annahme von freiwilligen Zuwendungen für 2013; Elterninitiative Basse - Fracht- und Verpackungskosten in Höhe von 426,72 EUR für die Doppelschaukel sowie für die Sitzgelegenheit** **2013/187-1**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt der Annahme der Sachspende (Fracht- und Verpackungskosten für die Doppelschaukel nebst Sitzgelegenheit) in Höhe von 426,72 EUR der Elterninitiative Basse, vertreten durch Frau Ina Knoll, gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG i. V. m. § 25a Absatz 1 GemHKVO zu.

- 24. Bebauungsplan Nr. 159 G 3 "Auenblick Nord", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt** **2013/301**
- Beschluss zu den Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss

Herr Dr. Windmann weist darauf hin, dass am 05.02.2014 noch eine Einwendung gegen den Bebauungsplan eingegangen sei. Er schildert den in der **Anlage 6** zum Protokoll dargestellten Sachverhalt und empfiehlt aus den darin genannten Gründen, den Beschlusstext wie folgt zu ergänzen: „3. Die Einwendung der Familie vom Scheidt wird wegen Verspätung zurückgewiesen.“ Eine Frage von Herrn Salzmann nach einer gesicherten juristischen Einschätzung der Zurückweisung beantwortet Herr Dr. Windmann dahingehend, dass die Einwendung erst nach Ablauf einer Ausschlussfrist zur Beteiligung der berührten Öffentlichkeit eingegangen und damit verspätet sei. Auf Nachfrage von Herrn Iseke erklärt Herr Dr. Windmann, dass die veränderte Festsetzung dem Schutz der Grundstückseigentümer vor den Immissionen des angrenzenden Betriebes dienen solle.

Herr Dr. Kass erläutert die energetischen Besonderheiten des Baugebietes.

Herr Lechner teilt mit, dass er persönlich von der Beschlussfassung betroffen sei und deshalb nicht an der Abstimmung teilnehmen werde.

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Den Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 159 G 3 "Auenblick Nord", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt, wird, wie in der Anlage 3 zur Beschlussvorlage Nr. 2013/301 ausgeführt, stattgegeben bzw. nicht gefolgt. Die Anlage 3 zur Beschlussvorlage Nr. 2013/301 ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Der Bebauungsplan Nr. 159 G 3 "Auenblick Nord", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt, wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen (Anlage 1 zur Beschlussvorlage Nr. 2013/301). Die Begründung und die Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB haben in der Fassung der Anlagen 2 und 4 zur Beschlussvorlage Nr. 2013/301 an dieser Beschlussfassung teilgenommen.
3. Die Einwendung der Familie vom Scheidt wird wegen Verspätung zurückgewiesen.

**25. Bebauungsplan Nr. 209 "Weidenbruchs Kämpe", 3. Änderung, Stadt Neustadt a. Rbge., Stadtteil Mardorf
- Beschluss zu den Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss**

2013/266

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Den Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 209 "Weidenbruchs Kämpe", 3. Änderung, Stadt Neustadt a. Rbge., wird, wie in der Anlage 5 zur Beschlussvorlage Nr. 2013/266 ausgeführt, stattgegeben bzw. nicht gefolgt. Die Anlage 5 zur Beschlussvorlage Nr. 2013/266 ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Der Bebauungsplan Nr. 209 "Weidenbruchs Kämpe", 3. Änderung, Stadt Neustadt a. Rbge., wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen (Anlagen 2 und 3 zur Beschlussvorlage Nr. 2013/266). Die Begründung hat in der Fassung der Anlage 3 zur Beschlussvorlage Nr. 2013/266 an dieser Beschlussfassung teilgenommen.

26. Umfragen im Beteiligungsportal der Stadt Neustadt a. Rbge.

2013/297

Herr Iseke kritisiert, dass die Planung der regionalen Nahversorgung vom Interesse der privaten Anbieter bestimmt werde und die Verwaltung daher keine Möglichkeit habe, diese im Rahmen der Ergebnisse der Bürgerbefragung zu beeinflussen. Somit sei die Umfrage ein Placebo-Projekt, das unnötige Kosten verursache.

Daraufhin fasst der Rat mit 36 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge stimmt einer dreimonatigen Online-Umfrage zum Thema Demografie in der in der Anlage dokumentierten/festgelegten Form zu. Die Umfrage ist in drei Fragebereiche zu den Themen Infrastruktur, Nahversorgung und Mobilität gegliedert.
2. Die statistisch dokumentierten Ergebnisse der Umfrage werden dem Rat als Informationsdrucksache vorgelegt.

27. Bekanntgaben

Der Rat nimmt die auf der Tagesordnung aufgeführten Informationsvorlagen zur Kenntnis.

- a) Herr Dr. Windmann gibt bekannt, dass die Anfrage von Frau Lamla aus der Ratssitzung am 07.11.2013 zu den Haltungsbedingungen in Großmastställen zurzeit bearbeitet werde. Eine abschließende Beantwortung könne aufgrund des Umfangs der Anfrage jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.
- b) In Bezug auf eine Anfrage von Herrn Herbst aus der Ratssitzung am 07.11.2013 zu den Nitratwerten im Grundwasser des Stadtgebietes teilt Herr Dr. Windmann mit, dass die Anfrage zuständigkeitshalber an den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) weitergeleitet worden sei. Eine Antwort stehe bisher noch aus. Sobald diese vorliege, werde der Rat informiert.
- c) Zur Anfrage von Herrn Scharnhorst aus der Ratssitzung am 12.12.2013 bezüglich des multifunktionalen Wegenetzes gibt Herr Dr. Windmann die dem Protokoll als **Anlage 7** beigefügte Stellungnahme zur Kenntnis.
- d) Herr Kerger nimmt Bezug auf die Diskussion im Rahmen der Vorberatungen zur Vorlage Nr. 2014/019, "Aufnahmeverfahren Fünftklässler durch Gymnasium und Kooperative Gesamtschule". Die Verwaltung habe beschlossen, der Zusage von Herrn Rinne zu vertrauen und auf die Möglichkeit zu verzichten, die Anmeldetermine für beide Schulen durch Erlass vorzuschreiben.

Die Ratsmitglieder Lamla, Hayek, Iseke und Ostermann zeigen sich mit diesem Ergebnis nicht zufrieden. Daraufhin beantragt Herr Herbst, dass die Verwaltung zur Entzerrung des Anmeldeverfahrens zwei getrennte Anmeldetermine für das Gymnasium und die KGS vorschreiben möge, um eine Gleichbehandlung sicherzustellen. Herr Hayek ergänzt, dass der Rat abschließend über die Angelegenheit beraten solle.

Bürgermeister Sternbeck sagt eine Umsetzung des Wunsches zu.

28. Anfragen

Herr Rump bittet darum, den Punkt "Berichterstattung aus den wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt – Wasserverband Garbsen - Neustadt a. Rbge." auf der Tagesordnung zur nächsten Sitzung zu berücksichtigen.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Ratsvorsitzende Schlicker um 20:17 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ratsvorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin

Neustadt a. Rbge., 11.02.2014